



HAT DIE EU DAS POTENZIAL, EUROPA SOZIALER UND
DEMOKRATISCHER ZU MACHEN?

SARAH BRUCKNER, AK WIEN, EU UND INTERNATIONALES
GPA-DJP KONZERNEFORUM, 19.10.2018

DIE EUROPÄISCHE UNION

- 28 Mitgliedstaaten
- 5 Beitrittskandidaten
- 513 Mio EinwohnerInnen
nach dem Brexit: 447 Mio

- Ökonomische und soziale
Differenzen →
Verschärfung oder
Ausgleich durch EU-Politik?



BEISPIEL FÜR ÖKONOMISCHE DIFFERENZEN

BIP pro Kopf (2016):

Luxemburg: 75.083 €

EU-Durchschnitt: 29.160 €

Bulgarien: 14.162 €

Nach Regionen (2016):

Inner London – West 611 %
des EU-Durchschnitts;

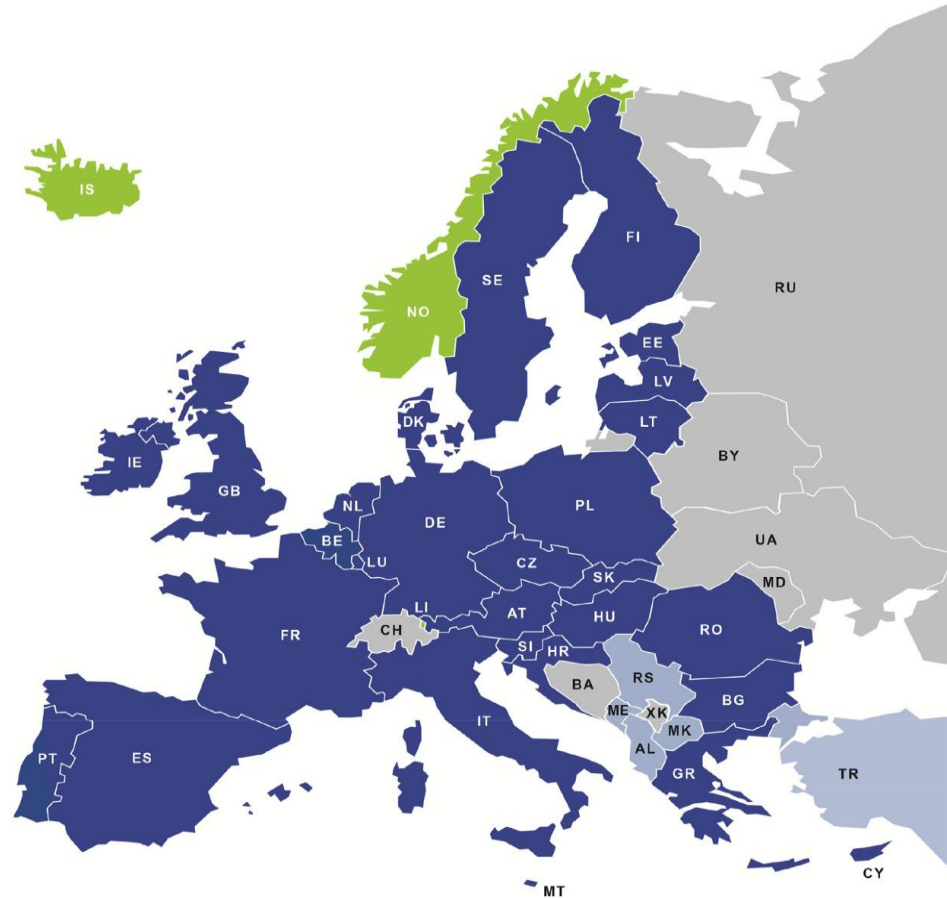
Severozapaden in Bulgarien 29%
des EU-Durchschnitts

Leistungsbilanz: Überschuss bzw.

Defizit in % des BIP (2008):

Deutschland: + 6,6% (2016: +8,5%)

Griechenland: -14,6% (2016: -0,7%)



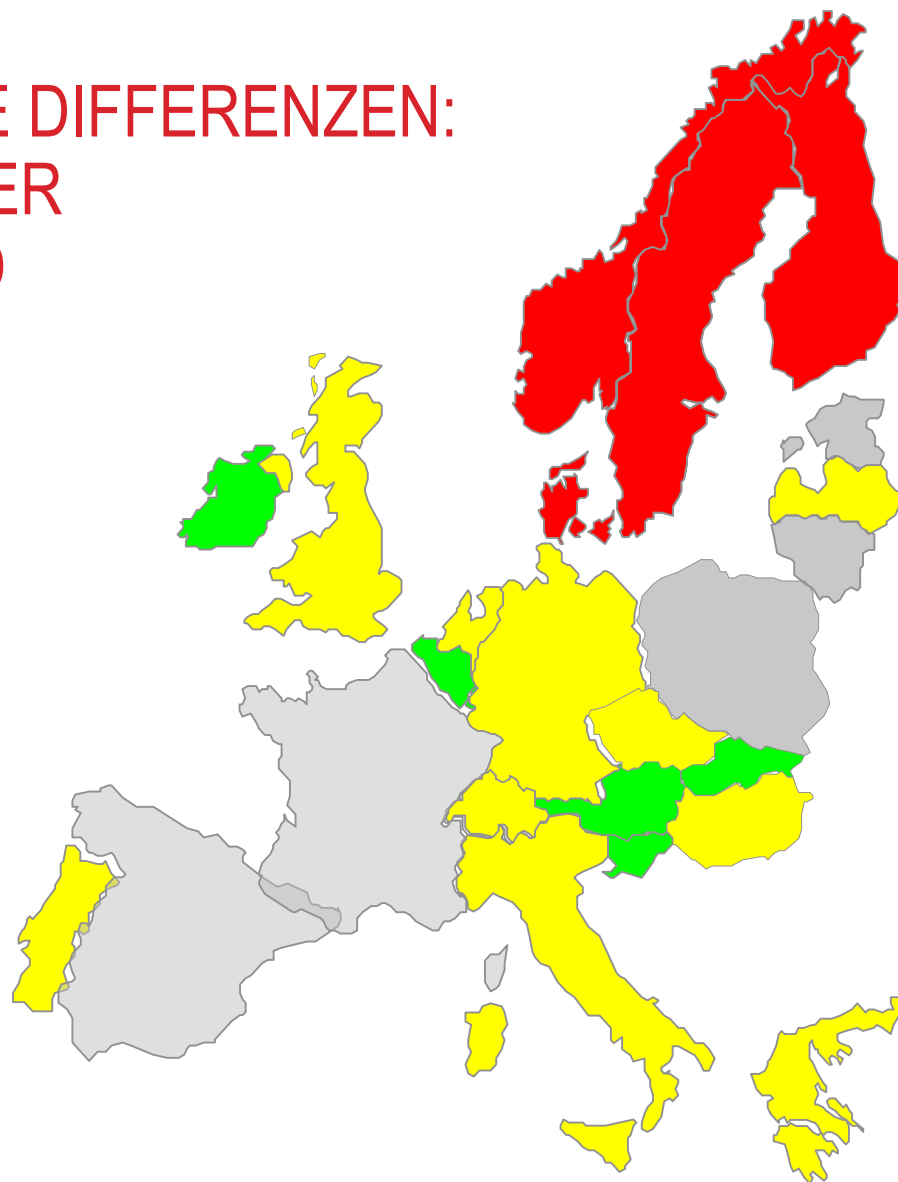
BEISPIEL FÜR SOZIALE DIFFERENZEN: GEWERKSCHAFTLICHER ORGANISATIONSGRAD

ca. 80%

35-60%

20-35%

< 15 %



ZIELE DER EU

Artikel 3 Abs 3 EUV (Vertrag über die EU): Die Union errichtet einen **Binnenmarkt**.

... **Soziale Ziele**: Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes ...

Artikel 119 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der EU)

Abs 1 Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Union im Sinne des Artikels 3 des EUV umfasst (...) die Einführung einer Wirtschaftspolitik, die auf einer engen **Koordinierung der Wirtschaftspolitik** der Mitgliedstaaten (...) beruht (...).

Abs 2 Parallel dazu umfasst diese Tätigkeit (...) eine **einheitliche Währung, den Euro**, sowie die Festlegung und Durchführung einer einheitlichen Geld- sowie Wechselkurspolitik, die beide vorrangig das Ziel der Preisstabilität verfolgen (...).

SPANNUNGSFELD SOZIALES EUROPA – DER BINNENMARKT

Die vier Marktfreiheiten („Grundfreiheiten“)

- Freier Warenverkehr
- Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen
- Niederlassungsfreiheit (selbstständig Beschäftigte, juristische Personen)
Dienstleistungsfreiheit (vorübergehende „selbstständige“ Tätigkeit)
- Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit (Investitionstätigkeit,
Wertübertragung, grenzüberschreitende Zahlungen)

SPANNUNGSFELD SOZIALES EUROPA – DER BINNENMARKT

- Dienstleistungsfreiheit - Entsendung (AN führt für Firma vorübergehend in einem anderen Staat Aufträge aus)
- Unterschiedliche Lohnniveaus, unterschiedliche Sozialsysteme
- Lohn- und Sozialdumping
- EuGH Rechtsprechung (Viking, Laval)
- Forderungen: Europäische Arbeitsbehörde, Soziales Fortschrittsprotokoll

SPANNUNGSFELD SOZIALES EUROPA – DIE WÄHRUNGSUNION

- Vertrag von Maastricht 1992; Euro (Bargeld) seit 1.1.2002
- Heute 19 EU-Mitgliedstaaten (nicht: Bulgarien, Dänemark, Kroatien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn, VK)
- Vor dem Euro: Wechselkurse gleichen unterschiedliche Preisniveaus aus. „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ durch Abwerten der Währung (Italien, Frankreich, Spanien, Skandinavien); ermöglicht billigere Exporte
- Jetzt: Keine Wechselkurse. Länder mit höherer Inflation verlieren an Wettbewerbsfähigkeit aufgrund teurer Exporte → „innere Abwertung“ zB Senkung der Lohnkosten (Entlastung der Unternehmen)
- Innerhalb der Eurozone Leistungsbilanz-Ungleichgewichte

SPANNUNGSFELD SOZIALES EUROPA – DIE WÄHRUNGSUNION

EUROKRISE ab 2010

- Strenge Sparpolitik (Austeritätspolitik)
- Troika (EZB, IWF, Kommission), ESM außerhalb EU-Recht
- Eingriffe in Lohnpolitik der Mitgliedstaaten obwohl nicht EU-Kompetenz: Senkung der Mindestlöhne
- **Austeritätspolitik hat versagt** - höchste Arbeitslosigkeit, öffentliche Schulden gestiegen (Bankenrettungen), öffentliche Investitionen dramatisch eingebrochen → 3-facher Einbruch der Nachfrage: bei privaten/öffentlichen Investitionen und Löhnen!
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer gescheitert
- Heute: Wirtschafts- und Währungskrise überwunden, aber immer noch hohe Jugendarbeitslosigkeit und Gefahr einer neuen Krise

SPANNUNGSFELD SOZIALES EUROPA – DIE WÄHRUNGSUNION

EUROKRISE ab 2010

■ Fiskalpakt – starre Defizit- und Schuldenregeln für öffentliche Haushalte

Völkerrechtlicher Vertrag außerhalb EU-Recht, in Kraft seit 1.1.2013

nationale **Schuldenbremse** und automatische Korrekturmechanismen bei Überschreitung der Fiskalregeln

■ Fiskalpakt: Verschärfung der Maastricht-Kriterien

- Öffentliches Defizit max. 3 % des BIP (Neuverschuldung) – im Fiskalpakt: „strukturelles Defizit“
- Öffentlicher Schuldenstand max. 60 % des BIP
- Niedrige Inflationsrate (max. 1,5 % über derjenigen der drei preisstabilsten
- Mitgliedstaaten des Vorjahres)

■ Forderung: Statt Verschärfung des fiskalpolitischen Regelwerks **goldene Investitionsregel**

EUROPÄISCHES SEMESTER

- Seit 2010 Rahmen für die Koordinierung der Budget-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik; Kommission erstellt jedes Jahr Länderberichte und gibt länderspezifische Empfehlungen ab
- **Dominanz neoliberaler Ansätze** – Strukturreform-Vorschläge, die auf einen Abbau an Arbeitsmarkt- und Sozialstandards abzielen, wie z.B. die Dezentralisierung von Kollektivverträgen, Eingriffe in soziale Sicherungs- und Pensionssysteme etc

EU-SOZIALPOLITIK

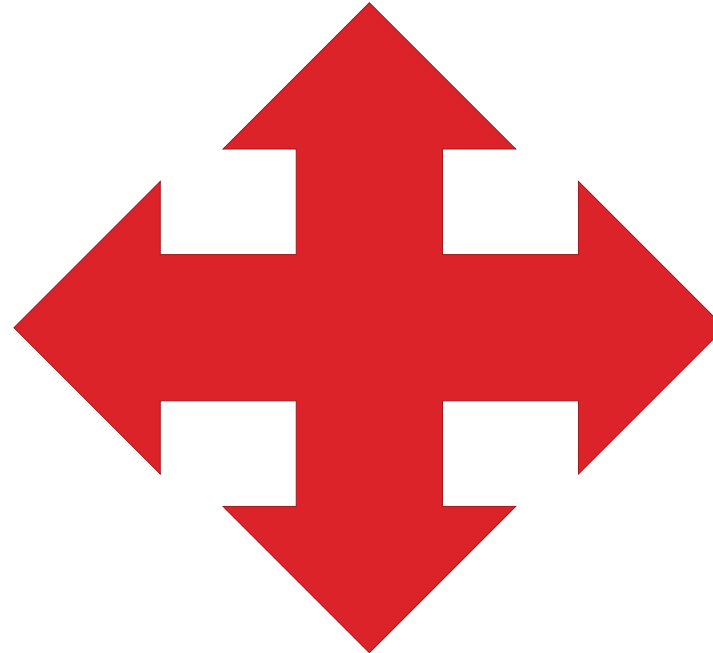
- In erster Linie Kompetenz der Mitgliedstaaten
- Aber einige wichtige Regelungen zB Arbeitszeit-RL, AN-Schutz, Gleichbehandlung ...
- EU Sozialgipfel Götheborg November 2017 – **Europäische Säule sozialer Rechte**
- Rechtlich unverbindlich, konkrete Umsetzung gefordert! → neue Soziale Mindeststandards

WO LIEGEN DIE KONFLIKTACHSEN? EU-NATIONALSTAAT? ARBEIT-KAPITAL?

**Vermögende & Kapitalfraktionen
und ihre Institutionen**

Österreich

EU



Zurück zum Nationalstaat?
eine AN-Strategie? →
Brexit

**Arbeitende, Arbeitslose & Arme
und ihre Institutionen**

WEICHEN FÜR EIN SOZIALES EUROPA STELLEN ÖGB RESOLUTION 28. MÄRZ 2018

- Subsidiarität ja, aber richtig
- Lohn- und Sozialdumping entschlossen bekämpfen
- Für eine starke Säule sozialer Rechte
- Digitalisierung und Arbeit 4.0
- EU nach dem Brexit
- EU-Reform: Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion
- Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung
- Europäische und internationale Handelspolitik gerecht gestalten

DANKE FÜR DIE AUFMERKSAMKEIT



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN